

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen

Antworten auf die Wahlprüfsteine der Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Bewährungs- und GerichtshelferInnen e.V. zur Landtagswahl 2019 in Thüringen

Zu 1)

In Thüringen ist die Situation sehr breit gefächert. In den meisten Regionen ist Wohnraum zu sozial verträglichen Preisen verfügbar.

In Städten wie Erfurt, Jena und Weimar kommt es jedoch zu Engpässen. Diese haben wir in den letzten Jahren bereits durch eine angepasste Förderung des sozialen Wohnungsbaus adressiert. So haben wir die Förderung von einer reinen Kreditfinanzierung hin zu einem Zuschuss weiterentwickelt und dieses Verfahren an Auflagen gebunden, die die Verfügbarkeit preisgünstiger Wohnungen auf Dauer sichern. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang die Sozialbindung der Wohnungen, die wir auf 20 Jahre ermöglichen. Darüber hinaus wollen wir über Konzeptvergaben hin zu einer besseren sozialen Durchmischung der Wohngebiete kommen.

Zu 2)

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gehört Prävention und Beratung in den Mittelpunkt der Drogen- und Suchtpolitik. Wir wollen wirksame und frühzeitige Ansätze, die Abhängigkeit und riskante Konsumformen verhindern oder zumindest verringern. Und wir wollen Menschen zu einem gesundheitlich verantwortungsvollen und mündigen Umgang mit psychoaktiven Substanzen befähigen. Der Zugang zu den Angeboten muss in der Stadt ebenso möglich sein wie über kurze Wege auf dem Land.

In Thüringen wollen wir in den kommenden Jahren einen Masterplan „Sucht- und Drogenprävention“ in Thüringen entwickeln (lassen) und die Zusammenarbeit mit den Kommunen verbessern. Ziel ist, die bestehenden Präventions-, Beratungs- und Hilfsprogramme in der Sucht und Drogenprävention zu evaluieren und flächendeckend anzupassen, um damit die zielgruppenspezifischen und niederschweligen Angebote in der Drogen- und Suchthilfe zu stärken und auszubauen.

Wichtig ist uns dabei aber, Drogenkonsument*innen nicht unter Generalverdacht, sondern Fürsorge und Prävention in den Mittelpunkt zu stellen. Dazu bedarf es umfangreicher Hilfs- und Therapieangebote.

Darüber hinaus wollen wir in Thüringen:

- Modellprojekte für das sogenannte Drug-Checking ermöglichen
- Risikominimierende Maßnahmen prüfen: Spritzentauschprogramme und Substanzanalysen
- Forschungsprojekte für Therapiemöglichkeit (u.a.) bei Abhängigkeit von Crystal Meth initiieren
- Bildungsangebote zu den Risiken des Drogenkonsums an Schulen, auch auf Gefahren durch Tabak, Alkohol und Glücksspiel hinweisen
- Keine Werbung für Suchtmittel

Zu 3)

Als effektives Mittel guter Entlassungsvorbereitung hat sich das professionelle Übergangsmanagement, kurz PÜmas, erwiesen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen dieses weiterentwickeln und ausbauen, so dass sich in Zukunft alle vor der Haftentlassung Stehenden besser auf den Übergang vorbereiten können.

Zu 4)

Dies betrifft den gesamten Bereich Justiz und hat seine Ursache darin, dass beim Aufbau unserer rechtsstaatlichen Strukturen Anfang der 1990er-Jahre nicht hinreichend auf eine gleichmäßige Verteilung in der Altersstruktur geachtet wurde. In der Folge sehen wir uns vor der Herausforderung, die Altersstruktur dauerhaft zu entzerren. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedeutet dies, bereits zum jetzigen Zeitpunkt über dem derzeit bestehenden Bedarf Justizbedienstete, aber auch Referendarinnen und Referendare auszubilden und anschließend einzustellen. Dies wird uns jedoch nur gelingen, wenn wir die Attraktivität der Thüringer Justiz als Arbeitgeber herausstellen und fortwährend verbessern.